



**Christopher Vogt, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 401/2018  
Kiel, Freitag, 23. November 2018

Bildung/Grundgesetzänderung

## Christopher Vogt: Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe

Anlässlich der Einigung auf Bundesebene, das Grundgesetz zu ändern, damit der Bund die Digitalisierung von Schulen fördern kann, erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Einigung auf die Grundgesetzänderung ist eine gute Nachricht für unsere Schulen. Der Kompromiss ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und erkennt die Reformbedürftigkeit des Bildungsföderalismus an. Wenn wir den Bildungsbereich finanziell deutlich stärken wollen, müssen wir diesen endlich konsequent zur gesamtstaatlichen Aufgabe machen.“

Es ist absolut richtig, dass der Bund nicht nur in Technik, sondern aufgrund des Einsatzes von FDP und Grünen auch in das benötigte Personal und in Fortbildungen investieren kann. Ein Wermutstropfen bleibt allerdings: Das Geld, das die Bundesregierung zur Verfügung stellt, reicht bei weitem nicht aus. Wir bräuchten deutlich höhere Mittel, um Deutschlands Bildungslandschaft wirklich zukunftsfähig machen zu können.“